

„Desinformation, hybride Bedrohungen und die europäische Demokratie: Die neuen Herausforderungen im Umgang mit Informationen verstehen“ | *Federico Casolari*, *PhD Professor für EU-Recht, Leiter des Fachbereichs Rechtswissenschaften; Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät „Alma Mater Studiorum“, Universität Bologna*

Desinformation und europäische Demokratie: Die regulatorischen Herausforderungen im Mittelpunkt von „Young Reporters Across Borders“

Die Veranstaltungsreihe des vom Projekt „*People in Europe*“ geförderten Workshopsprogramms „*Young Reporters Across Borders*“ ist beendet. Die letzte Veranstaltung, bereichert durch den Vortrag von Professor Federico Casolari (Ordentlicher Professor für Europarecht an der Universität Bologna), befasste sich mit der rechtlichen und institutionellen Reaktion der EU angesichts der Auswirkungen von Desinformation und hybriden Bedrohungen auf die Stabilität der Demokratie.

Die Instrumente des europäischen „digitalen Konstitutionalismus“

Die Europäische Union hat im Laufe der Jahre einen umfassenden Rechtsrahmen zum Schutz des digitalen öffentlichen Raums entwickelt, der den Schutz der Demokratie und der Grundrechte in Einklang bringt:

- **Digital Services Act (DSA):** Er bildet die Säule dieses Ansatzes. Er erlegt großen Online-Plattformen (VLOP) spezifische Verpflichtungen auf, systemische Risiken (Art. 34) im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Inhalte und Manipulationen zu bewerten und zu mindern.
- **Democracy Shield:** Die Initiative zielt darauf ab, Maßnahmen zum Schutz der institutionellen Transparenz, der Medienfreiheit und der ordnungsgemäßen Durchführung von Wahlen zu koordinieren.
- **AI Act und Strategic Compass:** Ergänzende Instrumente, die sich jeweils auf die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz und auf die Abwehr hybrider geopolitischer Bedrohungen konzentrieren.
- **Aktionsplan gegen Desinformation (2018) und „Democracy Action Plan“:** Die ersten strategischen Leitrahmen für die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten.

Die kritischen Punkte: Der Knotenpunkt der privaten Macht

Trotz der regulatorischen Fortschritte zeigt die Analyse des DSA ein starkes Spannungsfeld auf: Die Übertragung der Steuerung des Informationsraums an die Big Tech-Unternehmen überträgt privaten Akteuren Befugnisse, die historisch gesehen der öffentlichen Hand vorbehalten waren. Diese Konstellation birgt das Risiko, dass Gewinn- und Marktlogik Entscheidungen beeinflussen, die für die Demokratie entscheidend sind.

Wie sich jedoch in der Debatte gezeigt hat, folgt der Rückgriff auf private Akteure einem klaren operativen Pragmatismus: Öffentliche Institutionen verfügen heute nicht über die Infrastruktur und die technischen Kompetenzen, die für die direkte Verwaltung globaler Datenströme erforderlich sind.

Während die Regulierungsbehörde mehr Transparenz bei Algorithmen und Daten fordert, um Sicherheit und sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, berufen sich die Technologieunternehmen auf den Schutz ihres Wettbewerbsvorteils und die Notwendigkeit, operative Autonomie zu bewahren, um die Effizienz der Dienste sicherzustellen.

Partizipative Governance und digitale Bildung

Um den Konflikt zwischen öffentlichen und Unternehmensinteressen zu überwinden, skizzierte Professor Casolari die Notwendigkeit einer stärker partizipativen Governance, bei der öffentliche Akteure eine zentrale Rolle bei der Festlegung der operativen Leitlinien spielen.

Im Rahmen der Diskussion wurde zudem der Vorschlag unterbreitet, Kennzeichnungssiegel oder öffentliche Reputationssysteme einzuführen, um den Nutzenden die Möglichkeit zu geben, den Grad der Einhaltung europäischer Standards durch die Plattformen zu bewerten. Die Wirksamkeit solcher Instrumente hängt jedoch von einer grundlegenden Voraussetzung ab: vorrangige Investitionen in die staatsbürgerliche und digitale Bildung der Bürger*innen, um den Nutzenden die kritische Urteilsfähigkeit zu vermitteln, die für die korrekte Interpretation dieser Bewertungen erforderlich ist.